

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

24.9.1863 (No. 224)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 24. September.

N. 224.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 fr. und 2 fl. 8 fr.
Einkundungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Telegramme.

Frankfurt, 23. Sept. Die „Europe“ wiederholt — gegenüber den Versicherungen des „Memor. Diplom.“ — ihre Behauptung, daß der Erzherzog Ferdinand Max die bekannte Notabelnabstimmung unzureichend halte und den mexikanischen Thron nur unter der Bedingung einer neuen und umfassenden Kundgebung des Volkswillens annehmen und in diesem Sinne der mexikanischen Abordnung antworten werde.

Kopenhagen, 22. Sept. Für Schleswig sind vier provisorische Verordnungen erlassen worden, darunter eine, die Ablösung der Hofdienste auf adeligen Gütern und Klosterbesitzungen betreffend.

London, 23. Sept. „Morning Post“ warnt Deutschland vor der Bundesexekution; England, obwohl den Frieden liebend, könne einem Veruche zur Erdrückung Dänemarks nicht gleichgiltig zusehen.

Das Bundesdirektorium. I.

Das Bundesdirektorium, welches an Stelle des Bundestages die eigentlich leitende Behörde des Bundes werden soll, bildet insofern den Hauptpunkt der Reformakte, und an ihm vor Allem wird es sich also zeigen müssen, ob und wie weit dieselbe das auch von ihren Urhebern nachdrücklich anerkannte Bedürfnis einer strafferen und einheitlicheren Zusammenfassung der deutschen Kräfte ermöglicht. Unser Urtheil fällt hier nicht nur verneinend, sondern geradezu verurtheilend aus; so gering wir die Leistungsfähigkeit des Bundestages anerkennen, so halten wir denselben dennoch für eine bessere Institution, als das zu seinem Erfolge bestimmte Direktorium.

Auch hier bestimmt uns nicht eigensinnige Voreingenommenheit für den „Bundesstaat mit einheitlicher Spitze“; wir geben zu, daß der deutsche Staatenbund nur durch eine kollektive Behörde geleitet werden kann und daß die bestehende Behörde, der Bundestag, einer Verbesserung fähig ist, nur wird diese in ganz anderer Weise als der vorgeschlagenen zu erstreben sein.

Von selbst leuchtet ein, daß die Reduktion der 17 Stimmen des Bundestages auf 6 im Direktorium völlig werthlos ist. Die Schlüsselung wird, da die 6 Stimmen ebenso wie früher die 17 nach Instruktion der heimischen Landesregierungen abgegeben werden sollen, nicht rascher als bisher möglich sein, und die Erwartung, der Inhalt der Beschlüsse werde ein anderer, den nationalen Wünschen mehr entsprechender werden, läßt sich schwerlich begründen. Die in Wegfall kommenden 11 Stimmen mittlerer und kleiner Staaten haben an dem Thun und dem Nichtthun, welches unser Volk dem Bundestag zum Vorwurf macht, erfahrungsgemäß die geringste Schuld gehabt. Will man auch ihren positiven Werth nicht hoch anrechnen, so vermochten sie doch bei einem Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen, welcher jede Bundesfähigkeit aufhebt oder gar die Existenz des Bundes bedroht, in höherem Grade ausgleichend und vermittelnd zu wirken, als dies in Zukunft den wenigen neben den genannten Großmächten im Direktorium vertretenen Regierungen möglich sein wird.

Eine erheblichere Erleichterung für die Erzielung von Bundesbeschlüssen, als die Reduktion der Stimmen von 17

auf 6, liegt in dem Grundsatz, daß das Direktorium immer nach einfacher Stimmenmehrheit beschließt, und daß, wo daselbe an die Zustimmung des Bundesrathes gebunden ist, auch dieser per majora mit einziger Ausnahme des Falles, wenn es sich um Aenderung der Bundesverfassung handelt, entscheidet. Wie wenig man übrigens darauf rechnen darf, diese Bestimmung werde dem Bunde nun ohne Weiteres die ersehnte größere Bewegungs- und Handlungsfähigkeit verleihen, zeigt ein Blick in die bestehende Bundesverfassung, nach welcher die Majoritätsbeschlüsse ebenfalls die Regel bilden und wesentlich nur für Aenderungen der Verfassung, gerade wie nach der Reformakte, Stimmeneinheitlichkeit verlangt wird. (B.-V. Art. 7, B. Sch.-V. Art. 11—13.) Die Macht der Verhältnisse liegt trotz dessen sich bisher bei bloßen Majoritätsbeschlüssen nicht beruhigen, sondern forderte für jede wichtigere Aktion ein vorgängiges Einverständnis Oesterreichs und Preußens. Wir haben schon bei anderer Gelegenheit bemerkt, daß wir dieses System, so sehr dabei die deutschen Interessen zu kurz kommen, dennoch für erträglicher halten, als das entgegengesetzte der Reformakte, nach welchem Oesterreich oder Preußen verpflichtet sein sollen, einem gegen sie gefaßten Majoritätsbeschlusse selbst in Lebensfragen sich zu fügen. Entweder bleibt dies ein bloßes Postulat, und dann ist der bisherige Zustand in nichts geändert, oder man verucht es mit Zwang gegen die widerstrebende Großmacht, und dann haben wir den Bürgerkrieg. — Das Direktorium wird nach allem dem nicht in der Lage sein, rascher und tapferer, als der Bundestag, vollziehbare Beschlüsse zu fassen.

Wir müssen demselben aber nicht bloß eine höhere Leistungsfähigkeit absprechen, wir fürchten, es würde von den schlimmsten Folgen begleitet sein. Unter den vielen schädlichen Einrichtungen des deutschen Reichs spielte die eigenthümliche Stellung der Kurfürsten eine sehr hervorragende Rolle, und mit ihr hat die der künftigen Direktorialhöfe eine verhängnisvolle Ähnlichkeit. Handelt es sich nicht um die Wahl eines deutschen Kaisers und die daran zu knüpfenden politischen Bedingungen, so werden doch einige wenige Fürsten formell den Willen des Bundes festzusetzen haben, und da sie, wenn man außer von den beiden Großmächten etwa auch noch von Bayern absieht, nicht nach dem Gewicht ihrer realen Macht, sondern durch positive Sägung und Zufall zu dieser wichtigen Aufgabe berufen sind, so ist wie während der Kurmainz und Kurtrier und Genossen jeder politischen Intrigue Thür und Thor geöffnet. Es ist möglich, daß die Direktorialfürsten von solcher politischen Einsicht und solchem patriotischen Sinne erfüllt sind, daß sie, allen fremdartigen Motiven unzugänglich, nur nach dem richtig erkannten deutschen Interesse entscheiden. Wehe aber, wenn das Direktorium nicht aus lauter Egoten zusammengesetzt ist, und höchst bedenklich scheint uns eine Bundesverfassung, welche nur unter einer so ganz außerordentlichen Voraussetzung Schutz gegen sicheres Verderben gewährt. Oder, welcher Urtheilsfähige wird sich darüber täuschen, daß, wo es sich z. B. um einen europäischen Krieg handelt, nicht bloß die beiden deutschen Großstaaten, sondern alle europäischen Mächte vertreten, sondern alle europäischen Mächte die Direktorialfürsten, vielleicht die Vertreter ganz kleiner, einer jener Mächte unbedingt Preis gegebener Staaten, mit allen Mitteln bestärken werden, um sie zu einem ihnen günstigen Votum im Direktorium zu bestimmen? Kann die deutsche Nation ihr Schicksal einem sol-

chen Rathe anvertrauen, dessen einzelne Glieder bei ihrem Votum je nach Umständen geradezu unter unausweichlichem Zwange stehen können? Und kaum minder trostreich als für außerordentliche Krisen ist die normale Thätigkeit des Direktoriums, wie sie nach dem gewöhnlichen Lauf der menschlichen Dinge erwartet werden muß. Neben dem Kaiser von Oesterreich und den Königen von Preußen und Bayern, die ständig in dem Direktorium vertreten sein sollen, wechseln die drei anderen Direktorialfürsten alle paar Jahre. Es ist fast unvermeidlich, daß an die Stelle jeder politischen Planmäßigkeit die Intrigue trete, die Entscheidung um einige Wochen oder Monate zu beschleunigen oder zurückzuhalten, damit durch Theilnahme Dieses oder eines Andern an der Entscheidung ihr Inhalt so oder so ausfalle. Das unter Mitwirkung des Einen, aber vielleicht unter innerem Widerstreben seines Nachfolgers im Direktorium Begonnene wird unter der Mitwirkung des Letzteren schwerlich zu einem gedeihlichen Ende geführt werden. Und wenn wir für große europäische Krisen annehmen müßten, mancher Direktorialhof werde sich den an ihn gestellten Zumuthungen nicht entziehen können, so scheint es uns eine wohl zu beherzigende Frage, ob immer alle die Anmuthungen werden zurückweisen wollen, die ihnen bei kleineren Anlässen ihre Genossen stellen werden. Wird das heutige Direktorialmitglied nicht leicht sich scheuen, im Interesse des Ganzen demjenigen Einzelnen wehe zu thun, von dem es weiß, daß er morgen sein Nachfolger sein wird und Gleiches mit Gleichem vergelten könnte? Hundertfache Einflüsse der verschiedensten Art werden in kleinen Sachen nicht minder wie in großen das Urtheil der Direktorialmitglieder bewußt oder unbewußt von der einfachen und geraden Vertretung des Gemeininteresses abzubringen und den widerstreitenden Sonderinteressen dienstbar zu machen suchen. Eine verkehrtere Bundesverfassung wird aber kaum zu denken sein, als eine solche, welche einzelnen Bundesgliedern auf Kosten der andern künstlich und vorübergehend einen besondern Einfluß einräumt, um sie in Versuchung zu bringen und je nach Umständen fast zu nöthigen, die auf kurze Zeit ihnen geliehene Macht statt für das Ganze für alle möglichen fremdartigen Zwecke und partikularistischen Sonderinteressen zu verwenden.

Nach allen aprioristischen Gründen wie nach allen historischen Erfahrungen müssen wir das Direktorium, so wie es in der Reformakte vorgeschlagen ist, für eine unbedingt verwerfliche Institution erklären.

Deutschland.

Frankfurt, 21. Sept. Der in der letzten Bundestagssitzung (am 19. d. M.) gestellte Antrag der vereinigten Ausschüsse in der hohelstein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit lautet nach der „Köln. Ztg.“:

Hoch Bundesversammlung wolle beschließen: 1. Die kgl. dänische, herzog. hohelstein-lauenburgische Regierung habe ihre bundesmäßigen Verpflichtungen bezüglich der Verfassungsverhältnisse der Herzogthümer Holslein und Lauenburg nicht erfüllt, und insbesondere dem Bundesbeschlusse vom 9. Juli d. J. durch ihre Erklärung vom 27. August d. J. nicht Folge geleistet; es sei daher nunmehr das geeignete Exekutionsverfahren zu beschließen, um die Ausführung der Bundesbeschlüsse vom 11. Febr. und 12. August 1858, vom 8. März 1860, vom 7. Februar 1861 und 9. Juli 1863, soweit dieselbe nicht bereits stattgefunden hat, in den genannten beiden Herzogthümern herbeizuführen; dazu drei oder vier Schritten, deren Insaßen, Stadtbürger von Lügern, mit in Mailand gemachten Frühjahrsreisen heimzuziehen; zwei Mönche, die in ihr Kloster in einem der Waldantone zurückzuziehen, und eine „Cantatrice“, auf dem Weg nach einem Theater in Frankreich oder Deutschland, wo sie ein Engagement hatte. Die Fußgänger waren — ein paar Schweizerjohann, von der päpstlichen Leibwache, auf Urlaub; einige modeneser oder toskaner Gypsmodellierer, Strohschlechter und dergleichen, und drei Wallfahrer — stumpfe, stämmige Bauern aus dem deutschen Rheinland, die, ein Gelübde zu lösen, am Schrein zu Loreto gebetet hatten und deren theilnahmslos zielgerichtet Gesichter wunderbar gegen die Pilgermühseln an ihren Hüften und den stätterhaften, vorne an ihre Kniele festgeschlehten Kreuzen abfielen.

Die Karavane vervollständigte eine dunkelgrüne Reisetasche — ein schwerfälliges, geräumiges, rumpelndes Fuhrwerk, wie dergleichen Florentiner Wagenbauer um einen Preis herstellen, für den man in London in einer Longacrer Wagenfabrik kaum ein Radriolo zu kaufen bekäme, und das, wiewohl garstig genug, etwas aushalten kann. Besagte Kutsche gehörte einer englischen Familie, die vor zwei Tagen angekommen war und, keinen Platz in der Post findend, im Silbernen Pelikan, dem andern Gasthaus des Orts, hatte herbergen müssen. Von diesen, meinen Landsleuten, hatte ich nichts gesehen außer einem flüchtigen Blick auf ein im Thüringengang des Silbernen Pelikans verschwindendes Frauenkleid und, einmal, einer näheren Ansicht eines belebten altlichen Briten, der, keiner fremden Sprache mächtig, räthlos mit einem unfrankfurter Brief auf dem kleinen Marktplatz Airolo stand und den ich zum Postbureau zu weisen das Vergnügen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Der berühmte Tenorsänger Bachtel ist jetzt an dem Wiener Hof-Operntheater angestellt worden. Ebenso der Bassist Roktanski.

*Kg. Du spät?

„Die Karavane bricht heute auf, Signor Ingleser.“

Ich war der „Signor Ingleser“, und die Karavane eine bunte Sammlung von Fuhrwerkern, Saumthieren und Menschen verschiedenen Standes und Volks, die schon mehrere Tage am Fuß des Sanct Gottbard-Passes aufgehalten worden waren.

Es war noch früh im Jahr: der Schnee erweichte sich unter den Strahlen der Frühlingssonne, allein an dunkeln Tagen war die Kälte noch streng, und harter Schneefall hatte die schwierige Gebirgsstraße verlegt. Das hübsche Dorf Airolo, eingeschnitten in seine Kalksteinwälder, gerade unter den jähen Hängen des Granit- und Schiefer, deren Glimmerplättchen golden funkelten wo die weiße Schneeküste woggethaut war, war voll Reisender. In keinem Gasthaus war ein Zimmer frei, und Mancher hatte Unterkunft, so gut es eben ging, in den Häuschen des Fleckens suchen müssen.

„Nu, Beppo, ich wünsche ihnen Glück auf die Reise, damit basta!“ lautete meine hingeworfene Antwort, während ich an meinen Farben forttrieb und fortmischte.

„Signore will also keine Rechnung nicht?“ frug der Kellner und machte ersaunte Augen; „der Padrone hat so sicher gemeint, Alfordo werde mit den Uebrigen gehen; daß er die Rechnung ganz fertig gemacht hat, und mich anfragen ließ, ob Giorgio den Schlitten anspannen soll.“

„Kurz“, versetzte ich lachend, „ich scheine mich durchaus auf die Straße setzen zu wollen, ob ich will oder nicht. Es fällt mir so wenig ein, heut über den Berg zu gehen, als ein Sturzbad im Ticino trinken zu nehmen, und ich bleibe noch eine Woche hier, wenn mich der Padrone nicht buchstäblich aus dem Hause wirft.“

Natürlich versicherte mich Beppo, mit Bäcklingen und Apfelsjucken, in keinem besten Italiens, daß das Hotel di Posta sich nur zu geest

durch meine Gegenwart finde, daß Wirth und Wirthin hocherfreut mein längeres Bleiben vernehmen würden, und daß er nun eiligst mein Mittagessen bestellen wolle — keine überflüssige Vorsorge in der That.

Ich war schon sechs Tage in Airolo, aber durchaus nicht bereit, es zu verlassen. Ein großer Theil meiner Winterarbeit in Rom bestand aus bloßen Skizzen, Aquarellen, rohen Kompositionen, — deren Ausführung in's Einzelne, zum vollenden Ganzen, bedachten Fleiß und Sorgfalt erforderte. Mein altes Atelier in der Via San Barbara war aber zu voll von mantern Freunden gewesen, die unaufhörlich ab und zu plauderhaftig mit den römischen Tagesgenossen einsprachen, um den rechten Ringplatz für ernst anhaltende Kunstthätigkeit abzugeben. Airolo war ein prächtiger Ort zum arbeiten; mein Zimmer hatte ein gutes Noctlicht, und nichts war vorhanden, womit sich des Malers Aufmerksamkeit von seinerleinwand und Palette zerstreuen ließ. Nebstdem kam ich, auf meinen Streifereien in den Borbergen und Sprossen der Alpen, auf viele herrliche Stellen und Bildchen wider Winterlandschaft und sah die Natur unter neuem Anblick. Solche Lichtblicke fleckenlosen Schnees und rissigen Eises sind dem Künstler viel werth, und täglich mehr bereicherten sich meine Mappe und Erinnerung.

Des halb eilte es mir nicht über das Gebirg. Eine oder zwei Wochen mehr oder minder hatte ich nicht anzuschlagen, und kam so noch zeitig genug nach London. Der Mensch ist aber ein geselliges Thier, und wie ich so meine Gharre rauchend und dem geschäftigen Treiben der Abreise zuschauend unter der Vorlaube stand, wandelte mich halb und halb der Wunsch an, auch Einer von der Wanderschaft zu sein.

Ein bunt belebtes Schauspiel: die Maulthiere und Saumtrösse, an die Bierzig, alle so schwer beladen, als sich mit einem raschen Fortschreiten auf steiler Straße verung, — ihre Treiber, ein Trupp abgeschäfterte Gesellen, Italiener und deutsche Schweizer, deren sonnenverbrannte Gesichter von langem Vertraulicht mit der Landstraße Zeugniß

führen, II. der Auftrag zur Vollziehung sei an die kaiserl. Österreichische, die königl. preussische, die kgl. sächsische und die kgl. hannoversche Regierung zu ertheilen, und zwar seien I) die höchsten Regierungen von Sachsen und Hannover zu ersuchen, je einen Bevollmächtigten zu ernennen, welche eintretenden Falles nach der ihnen dieshalb von der Bundesversammlung zu ertheilenden Instruktion das Exekutionsverfahren zu leiten, und demzufolge, bis zur vollständigen Erreichung des ad I. bezeichneten Exekutionszweckes, im Auftrage des Deutschen Bundes die Verwaltung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg anstatt und im Namen des Königs herzog, unbeschadet der nur zeitweise spürten Rechte desselben, zu führen haben würden, und 2) dieselben höchsten Regierungen zu veranlassen, den Bevollmächtigten eine Truppenabtheilung von etwa 6000 Mann, in zwischen ihnen zu verabredender Zusammenziehung, beizugeben, zugleich aber auch die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen zu ersuchen, in Gemeinschaft mit denen von Königreich Sachsen und Hannover zur sofortigen Unterstützung der gedachten Truppenabtheilung im Falle thatsächlichen Widerstandes gegen die Exekutionsvollstreckung überlegene Streitkräfte bereit zu halten; III. von diesem Beschlusse sei der königl. herzogl. Regierung auf Grund des Art. IV der Exekutionsordnung durch ihren Herrn Gesandten Mitteilung zu machen und zugleich an dieselbe unter motivirender Hinweisung auf den Ausschussvortrag vom 18. Juni d. J., den Bundesbeschluss vom 9. Juli d. J. und den dem gegenwärtigen Beschlusse zu Grunde liegenden Ausschussvortrag die Aufforderung zur Folgeleistung und Anzeige darüber binnen drei Wochen zu richten; IV. von diesem Beschlusse seien die höchsten Regierungen von Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hannover durch ihre Herren Gesandten mit dem Ersuchen in Kenntniss zu setzen, daß sie alles Nöthige der Art vorbereiten möchten, um die beschlossenen Maßregeln auf die nächste Aufforderung der Bundesversammlung sofort in Vollzug setzen zu können.

Frankfurt, 22. Sept. Der „Rhein. Kurier“ schreibt: „Heute wurde uns auf dem hiesigen Polizeiamt eine Eröffnung der nassauischen Regierung gemacht, daß sich dieselbe in Folge der in dem „Rhein. Kurier“, der „N. Wiesbad. Ztg.“ und mitunter auch in der „Mittelrhein. Ztg.“ enthaltenen persönlichen Angriffe gegen Regierungspersonen veranlaßt sehe, uns darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn diese persönlichen Angriffe nicht aufgehört, die genannten Blätter unterdrückt werden würden.“

München, 21. Sept. Die „Bayer. Ztg.“ schreibt: Wie wir vernehmen, hat der hiesige Stadtmagistrat den Beschluß gefaßt, der Einladung des Stadtrathes von Leipzig bezüglich einer gemeinschaftlichen Feier des 18. Oktober keine Folge zu geben. Für's erste sind nämlich hier bereits Einleitungen zu einer Säcularfeier im Gange, sodann ist in der Leipziger Einladung die Art der Feier nicht präzisirt, vielmehr das Programm erst einer definitiven Feststellung vorbehalten worden, so daß sich über die Betheiligung, unter Anderem auch über den Kostenpunkt, eine genügende Beurtheilung der Sache im voraus nicht bilden konnte; zu Rückfragen aber ist die Zeit zu kurz. Es wäre wohl angemessen gewesen, daß man von Leipzig aus diesen Gegenstand, wollte man in einem zentralistischen Sinne handeln, etwas früher angeregt hätte; so bedünkt uns.

Wiesbaden, 21. Sept. (Rh. Kur.) Die Fortschrittspartei beginnt nunmehr auch ihrerseits wieder die Wahlagitatio in speziellen Wählerversammlungen, und es wird der Anfang damit Sonntag den 11. Okt. im Amte Hochheim gemacht.

Julda, 21. Sept. (Fr. Z.) Bei den heute dahier vollzogenen Wahlen der Hauptbeurtheilten des frühern obern Verwaltungsbezirks Julda wurden gewählt — die beiden Kandidaten der Liberalen: Gutsbesitzer Herrlein und Domkapitular Dr. Walkmus.

Hannover, 21. Sept. Die „Regierungszeitung“ berichtigt abermals: Die „Generalcorrespondenz“ aus Oesterreich läßt sich von hier „mit Bestimmtheit“ versichern, daß nunmehr sich auch Hannover entschlossen habe, den französisch-preussischen Handelsvertrag zu verwerfen. Dem gegenüber haben wir nur wiederholt auf die in Nr. 433 dieser Zeitung gebrachte Mitteilung zu verweisen, nach welcher die königliche Regierung neuerdings feierliche Erklärung in der Zoll- und Handelslage abgegeben hat, durch welche ihre in den bekannten Notizen klar dargelegte Stellung irgend verändert worden wäre.

Kiel, 20. Sept. Die „Köln. Ztg.“ ist in der Lage, einige angeblich bestimmte Aufschlüsse über den Stand der diplomatischen Unterhandlungen zwischen Schweden und Dänemark zu geben. „Zu einem eigentlichen Schutz- und Trugbündniß — schreibt man ihr — zwischen beiden Mächten ist es bisher noch nicht gekommen, was im Ganzen der im Grunde vorsichtigen Haltung der schwedischen Regierung zuzuschreiben ist. Dänemark hätte nämlich gewollt, daß Schweden sich die ganze Frage der Intervention Deutschlands in die dänisch-deutsche Angelegenheit unbedingt aneigne, d. h. selbst schon auf die rein legale Bundesexekution in Holstein hin Verstand leiste. Diese unerhörte Annahme würde aber bereits an dem Widerstande Frankreichs und Englands gescheitert sein, welche dem deutsch-dänischen Streite den Charakter einer Bundesangelegenheit bewahrt wissen wollen. Schweden hat sich daher nur zu einem, man weiß noch nicht genau, ob formellen oder nur in einem Depeschenwechsel ausgesprochenen Uebereinkommen verstanden, nach welchem es sich in eine Bundesexekution in Holstein gar nicht einmischte, dahingegen Dänemark, im Fall die deutschen Truppen das Gebiet von Schleswig überschreiten, effektive Hilfe verspricht. Dieses Zugeständniß ist indessen von Seiten Schwedens auch nicht ohne erhebliche Zugeständnisse gemacht worden, von denen das wichtigste das ist, daß Dänemark die Exekution in Holstein nicht als Kriegsfall betrachten und daher auch die deutschen Häfen nicht bloßiren darf. Rußland, das jetzt zu viel bei sich zu thun hat, um sich näher mit den ihm fernliegenden Fragen zu beschäftigen, hat indessen Zeit genug gefunden, der deutschen Diplomatie die Ueberzeugung beizubringen, daß es Alles in Allem mehr auf dänischer, als auf deutscher Seite steht. Es ist dies wahrscheinlich einer der Fälle, in welchen es Preußen für die großen Rücksichten, die es ihm erwiesen hat, danken will. Da England und Frankreich in der dänischen Frage ihr letztes Wort noch nicht gesagt haben, so hofft

Rußland bei dieser bereinst wieder seine Aktion an die der Westmächte knüpfen zu können. Bei dem bevorstehenden Botum des Bundestags in der holsteinischen Angelegenheit dürfte diese kurze Charakteristik der jetzigen diplomatischen Lage Dänemarks nicht überflüssig sein.“

Schleswig, 16. Sept. (D. N. Z.) Was über die Beurteilung namhafter Mannschaften der auf der dänischen Insel Seeland stationirten dänischen, schleswig'schen und holstein'schen Bataillone mitgetheilt wurde, kann heute bestätigt werden; die permissirten Südschleswiger des in der dänischen Hauptstadt garnisonirenden 13. Infanteriebataillons erreichten bereits im Laufe des gestrigen Nachmittags den heimathlichen Boden. Dieselben retourrirten via Kiel, und wissen sie das Erstaunen nicht lebhaft genug zu schildern, welches sich der Kopenhager Bevölkerung bemächtigte, als in der dänischen Hauptstadt am verwichenen Sonnabend der entsprechende Befehl des dänischen Kriegsministeriums gerüchtwaise bekannt wurde. Als dann aber am Sonntag das Gerücht sich bestätigte, trat die Ueberraschung an die Stelle des Erstaunens. Ueberhaupt behaupten politische Freunde unter den Beurtheilten, daß die kriegerischen Identitäten der Kopenhagener Zeitungen bei weitem nicht identisch seien mit den Gefinnungen der dortigen Einwohnerschaft.

Berlin, 21. Sept. (Köln. Ztg.) Am Himmel deutscher Wissenschaft ist der glänzendste Stern untergegangen: Jakob Grimm ist nicht mehr! Kaum hatte uns die Kunde von seiner Krankheit erreicht, so folgte ihr die Todesbotschaft nach. Gestern Abend um 10 Uhr machte ein Schlaganfall seinem schönen, langen und doch für uns viel zu kurzen Leben (er war geboren am 4. Jan. 1785) ein Ende. Er hatte, nachdem sein in Leben und Wissenschaft von ihm unzertrennlicher Bruder Wilhelm Grimm aus dem Doppelgestirn erblichen war, noch eine Weile in rührender Einjamkeit gleichsam als milder schöner Abendstern am Rande des Horizonts geleuchtet. Seine Thätigkeit war bis zum letzten Athemzuge unermüdet. Aus seinen unübersehbaren, beispiellosen Forschungen über Alles, was deutsch heißt, hat er der Welt noch so viel mitzutheilen, und es muß ihm als eine patriotische Aufopferung angerechnet werden, daß er die letzten Kräfte seines Alters, neuen Ruhm eigener Arbeiten verschmähend, dem Nationalwerke, seinem großen Wörterbuche, widmete. Ueber den großen Gestorbenen Zeugniß abzulegen, ist unnöthig.

Berlin, 22. Sept. Wie verlautet, sollen die Wahlmänner-Wahlen für das neue Abgeordnetenhaus auf Montag den 19. Okt. angelegt werden. In der dann folgenden Woche steht die Wahl der Abgeordneten zu erwarten. Die Eröffnung der neuen Landtags-Session wird wahrscheinlich in der zweiten Hälfte des Monats November erfolgen. Gleich beim Beginn der Session soll das noch nicht zum Abschluß gebrachte Budget für 1863 vorgelegt werden. Außerdem wird die Regierung alsbald auch die noch unerledigten Finanzrechnungen über die Vorjahre, sowie den Staatshaushalt-Etat für das Jahr 1864 einbringen. — Bei der jetzt in sehr lebhaftem Gange befindlichen Wahlagitatio tritt auf Seiten der Fortschrittspartei immer deutlicher das Bestreben hervor: vom künftigen Abgeordnetenhaus die Vertreter der liberalen Mittelpartei möglichst ganz auszuschließen. Wir haben schon früher mehrere Fälle erwähnt, in denen von der allgemeinen Lösung „Wiederwahl“ derartige Ausnahmen gemacht werden sollen. Neuerdings wird im Wahlkreise Goldap mit Eifer darauf hingearbeitet, an Stelle des bisherigen Abgeordneten Hrn. v. Sauten-Jullensfelde, bekanntlich einer von den Führern der Liberalen, einen mehr vorgeschrittenen Kandidaten durchzubringen. Gleiches geschieht im Wahlkreise Halberstadt, wo für den zur-Fraktion Köhne gehörigen Hrn. Vynpius ein Kandidat von mehr entschiedener Parteifarbe aufgestellt wird. Kurz, die Fortschrittspartei will aus den Reihen der Opposition alle schwankenden, zu Kompromissen geneigten Elemente beseitigen.

Wie verlautet, ist es nunmehr fest bestimmt, daß der König am 28. d. M., Abends, mit den Kronprinzlichen Herrschaften nach Baden-Baden abreist, um daselbst am 30. die Geburtstagsfeier Ihrer Maj. der Königin zu begehen. Zur Theilnahme an dieser Feier wird auch der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen nach Baden-Baden kommen. Die Rückkehr des Königs von dort nach Berlin soll bereits am 3. oder 4. Okt. erfolgen. — Heute Nachmittag traf Se. Maj. mit den königlichen Prinzen und den fürstlichen Gästen von den nunmehr beendeten großen Herbstmanövern des Gardekorps und des 3. Armeekorps in der Hauptstadt wieder ein. Gleichzeitig kehrten auch die Bundeskommissäre, sowie die zu den Manövern abgeordneten fremdländischen Offiziere nach Berlin zurück. — Heute ist der herzogl. Sachsen-Koburg-Gothaische Staatsminister v. Seebach aus Gotha hier eingetroffen. — Gestern Abend fand im Englischen Hause eine vom Vorstand des „Preussischen Volksvereins“ berufene, sehr zahlreich besuchte Versammlung von Vertretern aller feudalen Fraktionen statt, in welcher über die Organisation der bevorstehenden Abgeordnetenwahlen berathen wurde.

Wien, 19. Sept. (Fol. Z.) Gestern Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr kamen wieder 7 Wagen mit 30 Infanteristen aus Trzemeszno durch das Warschauer Thor hier an. Sie wurden durch einen Zug Ulanen nach den Kasematten des Kernwerks gebracht, wo gegen sie die Untersuchung durch den Hilfs-Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs, Kreisgerichts-Rath Groß, geführt werden soll.

Wien, 21. Sept. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses theilte der Präsident mit, daß die von dem Lemberger Landesgerichte zugesicherten Akten, betreffend Rogawski, eingelangt sind und dem Ausschusse übergeben wurden. Ferner liest der Präsident eine Zuschrift des Justizministers, in welcher derselbe dem Präsidenten mittheilt, daß Rogawski gleich am 17. Abends vom Krakauer Landesgerichte in Freiheit gesetzt wurde. Sofort kommt der weitere Bericht des Ausschusses in der gleichen Angelegenheit zur Verhandlung. Der Präsident erklärt, abermals den Antrag auf Ausschließung der Öffentlichkeit stellen zu müssen, da

dieselben Gründe, wie in der vorigen Sitzung, obwalten, und es geschehen könne, daß Details von dem Hrn. Justizminister verlangt werden, welche derselbe nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit dem Hause geben zu wollen erklärt hat. Die Gallerien werden geräumt, es beginnt die geheime Sitzung. Das Resultat derselben wird vom Präsidenten um 1 Uhr 50 Min. verkündet. Das Haus habe die vom Lemberger Landesgericht verlangte Zustimmung zur Verhaftung und gerichtlichen Verfolgung des Abg. Rogawski dormalen nicht ertheilt.

Oesterreichische Monarchie.

Hermannstadt, 21. Sept. In der heutigen Landtags-Sitzung wurde §. 11 der Regierungsvorlage über den Gebrauch der drei Landessprachen im öffentlichen amtlichen Verkehre unverändert angenommen.

Italien.

Turin, 21. Sept. Der König Victor Emanuel ist heute nach dem Lager von Somma abgereist, um den dortigen Manövern beizuwohnen.

Der Provinzialrath der neapolitanischen Provinz Principato citeriore hat beschloffen, ein Anlehen von 4 Millionen Lire aufzunehmen, welches für öffentliche Bauten, hauptsächlich Straßen, verwendet werden soll. Auch der Gemeinderath von Gallinetta will von einer englischen Gesellschaft 3 Mill. L. entleihen und dieselben für Straßen ausgeben.

Turin, 21. Sept. Man meldet von Gallarati: Die Revue war prächtig. Der König empfing begeisterte Huldbigungen. Die Gesandten Italiens in Berlin und London, die H. v. Launay und d'Azeglio, sind auf Urlaub nach Turin gekommen.

Marseille, 22. Sept. Briefe aus Neapel vom 19. melden, daß die Anisgefangenen eingeschifft sind und daß man sie unter Geleite von Bersaglieri direkt nach Capua gebracht hat.

Man schreibt aus Rom unterm 19., daß der italienische Konsul die Kanzlei dem Konsul von Portugal übergeben hat. Die Landbewohner kommen fortwährend in Menge herein, um am Jubiläum für Polen Theil zu nehmen. Das Jubiläum sollte am nächsten Tage geschlossen werden.

Frankreich.

Paris, 22. Sept. Der Telegraph hat Sie ohne Zweifel bereits in Kenntniss gesetzt, daß zum nicht geringen Staunen aller Welt der „Moniteur“ heute das Schreiben der polnischen Nationalregierung vom 15. Aug. an den Fürsten Gzartorski veröffentlicht. Die Veröffentlichung dieses Aktenstücks im offiziellen Blatt, unmittelbar auf Veröffentlichung der Erwiderung des Fürsten Gortschakoff, hat eine Tragweite, die Niemanden entgehen wird. — Dem „Pays“ zufolge wäre es unwar, daß der Kaiser seine Rückkehr nach Paris beschleunigen oder Hr. Drouyn de Lhuys sich nach Biarritz begeben wird. — König Ferdinand von Portugal fand bei den Bewohnern von Bordeaux eine besonders freundliche Aufnahme. Als er das Theater betrat, wurde er vom Publikum lebhaft begrüßt und das Orchester stimmte die portugiesische Nationalhymne an. — Die Zeitungen streiten noch immer, ob der Erzherzog Maximilian die mexikanische Krone annehmen werde oder nicht. Mittlerweile brachte Marschall Forey bei dem Banquet, welches ihm am 3. Aug. das Ayuntamiento von Mexiko gab, folgenden Toast aus:

Dem Prinzen Maximilian! Seiner Annahme der Krone von Mexiko! Möge sein edles Herz ihn erkennen lassen, daß Gott ihn auf dem Thron hebt, um die größte Mission zu erfüllen, die einem Fürsten auf Erden zufallen kann: jene, ein edelmüthiges Volk aus der Anarchie zu befreien, in welcher es seit langer Zeit verankert, ihm kluge Institutionen zu verleihen, und ihm wider jene Stelle zu verschaffen, welche ein herrliches Klima, die Reichthümer seines Bodens und der edle Charakter seiner Bewohner, deren größter Theil energisch jede Solidarität mit der geringen Partei von sich weist, die durch die Schreden des Bürgerkriegs diese glänzenden und ritterlichen Eigenschaften des Mutterlandes verloren haben, — ihm unter den Nationen anzuweisen. Dem Fürsten Maximilian, welcher Mexiko nicht so fremd ist, als man es sagen könnte. Ist er nicht von dem Geschlecht der deutschen Kaiser, deren berühmtester, Karl V., gleichzeitig auch den Szepter Spaniens trug? Dem Fürsten Maximilian!

Auf die Börse, die in letzter Zeit die wichtigsten Symptome und Ereignisse unbeachtet gelassen hatte, brachte das Gzartorski'sche Aktenstück im „Moniteur“ lebhaften Eindruck hervor. Rente fiel um 55 Cent. auf 67.80, der Cred. Mobil. von 1205 auf 1170, ital. Anl. auf 73.60.

Spanien.

Madrid, 21. Sept. Es ist unbegründet, daß das Ministerium das Projekt einer Expedition nach Mexiko aufgegeben hätte. Alles hängt von der Antwort Marocco's ab. Vorläufig sind Truppen nach Malaga gesandt worden. Hr. Käftner, Gesandter der Vereinigten Staaten, hat dem König und der Königin einen Besuch gemacht.

Niederlande.

Haag, 21. Sept. (Köln. Ztg.) Heute hat der König die Generalstaaten eröffnet. In seiner Rede hob derselbe hervor, daß die Finanzen des Landes sich in einem sehr günstigen Zustande befänden und daß trotz der ansgewöhnlichen Mittel, welche die Erbauung der Staatsbahnen in Anspruch nehme, die Amortisation der Schulden nicht gehemmt werden würde; auch die Lage aller übrigen Zweige der Verwaltung wurde in der Thronrede in anerkennender Weise hervorgehoben. Die zunehmende Bevölkerung des Reiches erfordere nach der Verfassung eine Vermehrung der Mitglieder der Zweiten Kammer. Der König, begleitet von den Prinzen, ward auf seinem Wege nach dem Gebäude der Generalstaaten von der zahlreich versammelten Menge mit den unzweideutigsten Beweisen der Liebe und Ehrfurcht empfangen. Hr. Hilpse ist auf's neue zum Präsidenten der Ersten Kammer ernannt.

Rußland und Polen.

Warschau, 20. Sept. Ueber das Attentat gegen den funktionierenden Statthalter, Generaladjutanten Grafen v. Berg, kann ein Korrespondent des „Dress. Journ.“ auf Grund mündlicher Mittheilungen zuverlässiger Augenzeugen folgendes mittheilen: Graf Berg war im Begriff, sich aus dem Sommerpalais Lazienki nach dem in der Stadt gelegenen Schloss zu begeben, als auf der Hauptstraße Warschau's, „die neue Welt“ genannt, aus dem großen Palais des Grafen Zamoysti, welches von zahlreichen Familien bewohnt ist, einige Handgranaten auf den vorüberfahrenden Grafen geschleudert wurden, die sofort explodirten. Ein Ischerkess und vier Pferde aus dem Geleite des Grafen wurden verwundet; der Graf selbst scheint unverletzt geblieben zu sein. Sofort trat die ganze Garnison unter Waffen, das Zamoysti'sche Schloss wurde vom Militär umstellt; die Soldaten drangen in sämtliche Wohnungen dieses großen vierstöckigen Gebäudes und demokirten Alles, was dieselben enthielten, und was nicht nicht- und nagelfest war. Alle Möbeln, Geräthschaften, Kostbarkeiten ohne Ausnahme wurden, selbst aus den obersten Stockwerken, auf die Straße herabgeworfen. Die Straße selbst wurde vom Militär gänzlich abgesperrt, so daß über die Berggasse im Innern des Schlosses keine zuverlässigen Nachrichten zu erlangen waren; doch hieß es, die ganze männliche Bevölkerung desselben sei verhaftet worden. Bei eintretender Dunkelheit wurde nicht bloß die „neue Welt“, sondern die ganze Krakauer Vorstadt und die anliegenden Straßen bis zum f. Schloss durch das Militär gänzlich vom Publikum gesperrt. Die Erbitterung des Militärs ist auf das Höchste gestiegen und läßt sehr trübe Tage für Warschau fürchten. — An die Stelle des verabschiedeten jungen Grafen Wielopolski ist General Witkowski zum Oberbürgermeister von Warschau ernannt und bereits in diesem Amte installiert worden.

Warschau, 21. Sept. Ueber das Attentat auf den Grafen Berg geht der „Generalkorr.“ folgender Bericht zu: Als am 19. Nachmittags Graf v. Berg, von der Promenade zur Tafel heimkehrend, in Begleitung seines Adjutanten und von mehreren Ischerkessen gefolgt, in einem zweiwöchigen offenen Wagen vor dem Zamoysti'schen Palais vorüberfuhr, fielen mehrere Desini'sche Bomben herab, welche im Explodiren einen Ischerkessen tödteten und eines der Pferde verwundeten. Als der Wagen vor dem Pallaste ankam, zeigte sich ein Individuum auf dem Balkon, das ein Signal gab, worauf aus den Fenstern des 3. Stockwerks die Projektile geschleudert wurden. Dieselben scheinen von der Größe jeshändiger Kugeln gewesen zu sein. Der Namensnik (Statthalter) war in großer Lebensgefahr; es scheint, daß eines der Projektile im Mantel des Grafen Berg sich verfangen, hiedurch Widerstand fand und seitwärts explodirte. Diesem Umstande verdankt Graf Berg vielleicht seine Rettung; auch der neben ihm sitzende Adjutant blieb unverletzt. Als die Explosion erfolgte, befahl der General sofort, still zu halten; das verwundete Pferd jedoch riß den Wagen eine Strecke mit sich fort. Sodann wurde der Befehl ertheilt, so gleich das Palais zu unterjuchen, und man fand in den oberen Stockwerken drei Individuen, die verhaftet, und Bestandtheile zur Fabrication von Bomben, die in Beschlag genommen wurden. Das Palais ist mit einem Bataillon Infanterie belegt worden.

Amerika.

Neu-York, 12. Sept. (Per „Jura“.) Man schreibt aus Washington, auf die Gewähr eines wohlunterrichteten Offiziers, daß General Lee in den letzten Tagen ansehnliche Verstärkungen erhalten habe und wieder einen Angriffszug im Schilde führe. Die (numerische) Schwäche der Südstaatlichen bei Chantanooga und auf andern Punkten ist geeignet, Viele in diesem Glauben zu bestärken. — Am 28. nahm die „Georgia“ das von Callao nach Antwerpen fahrende Schiff „City of Batte“ und legte ihm ein Lösegeld von 20,000 Doll. auf. Hr. Charles Sumner, Präsident des Senatskomitees für die auswärtigen Beziehungen, hielt gestern in Cooper's Institute einen langen Vortrag über die auswärtigen Angelegenheiten der Republik. Er klagte die britische Regierung an, weil sie Kriegsdampfer für die Südstaatlichen in britischen Häfen zu bauen erlaube, und dem Süden gegenüber alle möglichen Kriegführungsberechtigungen auf dem Weltmeer anerkenne. Er wollte es aber nicht glauben, daß England oder Frankreich je zu Gunsten eines auf die Negerklaverei basirten Staates einschreiten werde, und suchte auszuführen, daß alle Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines andern Staates gegen Recht und Vernunft streite, außer wenn die Einmischung augensichtlich auf Seiten menschheitlicher Rechte sei. Die Dampfer „Arago“ und „Massachusetts“ bringen Nachrichten aus Charleston, die bis den 9. d. Abends reichen. In der Nacht des 8. d. versuchte eine unionistische Schiffsabtheilung, das Fort Sumter zu erfürmen, wurde aber mit einem Verlust von 60 Mann an Todten, Verwundeten, Ertrunkenen und Gefangenen zurückgeschlagen. Unter den Gefangenen waren 7 Offiziere. Nach einem Privattelegramm aus Neu-York, 12. Sept., hatte General Burnside sein Kommando niedergelegt. 30,000 Mann Unionstruppen waren von Neu-Orleans, wie man glaubte nach Texas, abgegangen.

Neu-York, 12. Sept. Am 9. bombardirte die Unionsflotte noch immer das Fort Moultrie. Einige südliche Blätter bringen auf Bewaffnung der Neger gegen den Norden, während der „Richmond Weig“ diesen Plan bekämpft.

Neu-York, 12. Sept., Abends. Man meldet von Charleston unterm 9.: Die unionistische Flotte bombardirt fortwährend das Fort Moultrie. General Gilmore hat Batterien errichtet, welche dazu bestimmt sind, die Stadt zu bombardiren. Die Explosion eines Pulvermagazins im Fort Moultrie hat eine Feuersbrunst verursacht, welche die halbe Stadt Moultrie verbrannt hat.

Mexiko. Nachrichten vom 18. aus San Luis de Potosi, die über San Francisco angekommen sind, sagen, daß die Regierung Juarez's von leitenden Mexikanern und

den Vertretern der südamerikanischen Republiken dringend aufgefordert worden sei, eine continentale Allianz zur Abwehr europäischer Uebergriffe zu schließen. Die Vereinigten Staaten seien eingeladen, bei der Bewegung mitzuwirken.

Baden.

S Pforzheim, 23. Sept. Während der verfloffenen zwei Tage hat die Versammlung der badischen Forstmänner hier stattgefunden. Dieselbe war, wenn auch die ungünstige Witterung Manchen abgehalten haben mochte, verhältnismäßig ziemlich stark besucht und hatten dabei auch viele württembergische, nassauische u. forstleute Theil genommen. Nachdem am Sonntag schon eine größere Anzahl, die übrigen Teilnehmer aber am Montag Morgen hier angekommen waren, fanden an diesem Tage Vormittags unter Leitung des Hrn. Bezugsförstlers Prof. Dengler von Karlsruhe im Saale des „Schwarzen Ablers“ die Verhandlungen statt, an welche sich dann ein gemeinschaftliches Mahl angeschlossen, an dem auch Mitglieder der hiesigen Behörden und andere Einwohner Theil nahmen. Am Nachmittag sollte ein Besuch des Jagenschießplatzes stattfinden, konnte aber des fortbauenden starken Regens wegen nicht ausgeführt werden. Der Abend des Tages vereinigte die ganze Versammlung, der sich auch viele hiesige Einwohner angeschlossen hatten, zu einem gemeinsamen fröhlichen Banket.

Am gestrigen zweiten Tage war die Witterung besser und konnte eine Exkursion in die Wäldungen gemacht werden; doch waren am Morgen, der nicht ganz günstig ausfiel, schon ziemlich Viele von hier abgereist.

S Pforzheim, 23. Sept. Eine hier angelegte Dankadresse an Se. Königl. Hoheit den Großherzog, den Fürstentag in Frankfurt betreffend, findet zahlreiche Unterschriften.

Bruchsal, 23. Sept. (Schwurgericht.) Heute Vormittag 8 Uhr wurde unter dem Vorsitze des Hrn. Hofgerichts-Direktors Bohm, welcher auch in den beiden anderen Fällen präsidiren wird, die Verlesung des mittelhessischen Schwurgerichts eröffnet, wozu sich die eingeladenen Geschwornen mit Ausnahme von Fünfen eingefunden hatten, deren Einer leider verstorben war, der Andere wegen dienstlicher Abhaltung für die ganze Sitzung, die drei übrigen aber wegen des hohen Feiertages der Straaten für den heutigen Tag als entschuldigend erklärt wurden.

Zur Verhandlung kam die Anklage gegen den fast 18 Jahre alten Dienstknecht Georg Friedrich Haberer von Lebergericht, wegen Brandstiftung. Die Staatsbehörde war vertreten durch Hrn. Hofgerichtsathen Ottendorff, und die Verteidigung führte Hr. Obergerichtsadvokat Wolff. Wie in der Voruntersuchung, so war der Angeklagte auch heute wieder geständig, daß er, um aus dem ihm unabweisbaren Dienste zu kommen, ein schweres Verbrechen verübt habe, indem er am Nachmittage des 13. Febr. l. J. mittelst eines Zündhölzchens das Haus seines Dienstherrn, Valentin Schuler zu Oberwolfach, in Brand setzte, wodurch an Fahrnissen und Gebäuden ein Schaden von beiläufig 3400 fl. entstand, was den Beschädigten um so härter trifft, als er nach der That auf dem Lande noch allzu häufigen Gewohnheit weder die Fahrnisse, noch das Gebäudefünftel versichert hatte. Zum Drie des Anklägers wählte der Angeklagte die von einem alten Manne bewohnte Kammer des obern Stodes, um auf diesen den Verdacht zu lenken, als ob er durch eine Unvorsichtigkeit das Feuer verursacht habe. Dies gelang ihm auch; allein sein böses Gewissen verrieth sich durch sein schüchternes Wesen, so daß es die Aufmerksamkeit der Hausgenossen erregte, und sein Dienstherr ihm darüber zur Rede stellte, worauf er ein Vierteljahr nach der That diese eingestand. Schon in der Schule hatte er sich als ein böser Bube gezeigt, und bei Schuler auch einen Diebstahl verübt, wobei er gleichfalls einen Unschuldigen in Verdacht zu bringen suchte.

Dwvohl die Verteidigung verschiedene Entschuldigungen, namentlich auch den krankhaften Brandstiftungstrieb (sog. Pyromanie) für den Angeklagten geltend machte, lautete der Wahrspruch der Geschwornen doch ganz im Sinne der Anklage, und mit dem schon um halb 12 Uhr Vormittags verkündeten Urtheile des Gerichtshofes wurde der Angeklagte zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt, wovon die ersten 9 Jahre in 6 Jahren Einzelhaft erstanden werden.

Bretten, 21. Sept. (Bad. Anz.-Blg.) Auf Einladung einiger unserer Mitglieder, welche der Versammlung in Offenburg beigewohnt hatten, versammelte sich hier gestern Mittag eine große Zahl Bürger von hier und der Umgegend zur Besprechung öffentlicher Angelegenheiten. Nach eingehendem Vortrage unseres Abgeordneten Hrn. Posthalters Paravicini über die Nothwendigkeit festerer Organisation der liberalen Partei wurde beschlossen, von hier zu den Einladenden weitere 5, von den übrigen Orten des Amtsbezirks je 1 Vertrauensmann zu wählen, und wurde die Wahl zugleich vorgenommen. Diese Vertrauensmänner werden aus ihrer Mitte nächster Tage einen leitenden Ausschuss von 5 Mitgliedern wählen. Weitere Vorträge behandelten die Schulreform und die deutsche Frage. Es wurde von der Versammlung die Zustimmung zu den Grundzügen der Schulreform, wie sie im Berichte des Oberschulraths niedergelegt sind, ausgesprochen und in Bezug auf die letzte Frage erklärt, daß die Versammlung für die in der Schlussklärung ausgedrückten Gesinnungen und Strebungen unser verehrten Großherzogs und seiner Regierung zum wärmsten Danke verpflichtet sei. Ein begeistertes Hoch auf den geliebten Landesfürsten schloß die Verhandlung. — In voriger Woche schied von hier Hr. Professor Wettsch, der in 14jähriger Wirkksamkeit sich die allgemeine Liebe und Achtung in reichem Maße erworben hatte, um sein neues Amt in Durlach anzutreten.

Offenburg, 20. Sept. (Oberh. R.) Die Wahlmänner-Wahlen sind beendet, das Resultat ist ein sehr befriedigendes. Alle 32 Wahlmänner gehören der entschiedeneren Fortschrittspartei an. Die Wiederwahl des Hrn. Anwalts Eckhard ist gesichert.

Freiburg, 22. Sept. (Zehr. Blg.) Die vom Gemeinderath und Kleinen Bürgerausschuss ausnahmslos unterzeichnete Adresse an Se. Königl. Hoheit den Großherzog und in der Gemeinderathsfanzlei aufgelegt und somit Jedermann Gelegenheit zur Mitunterschrift gegeben.

Freiburg, 22. Sept. (Oberh. R.) Uebermorgen wird die Theatersaison dahier ihren Anfang nehmen und mit einer Oper eröffnet werden. Das Personal ist ein sehr gut gewähltes und ebenso besteht das Orchester aus 33 fest engagirten Musikern. Unter diesen Umständen dürfte man von dieser Gesellschaft, die unter einer sehr tüchtigen Direktion steht, den Ansprüchen des Publikums genügende Leistungen erwarten, zumal auch der städtische Beitrag nun auf 6000 fl. jährlich erhöht wurde.

Vermischte Nachrichten.

Darmstadt, 21. Sept. (Fr. B.-Bl.) Ein neuer Unglücksfall hat sich heute hier zugetragen. Oberreiter K., ein geborener Hannoveraner und erst vor wenigen Jahren hieher berufen, hat heute Nachmittag durch einen Pistolenschuß seinem Leben ein Ende gemacht. Die in Folge müssiger Privat- und Familienverhältnisse herbeigeführte Entlassung aus dem groß. Dienste war die nächste Veranlassung zu dieser tragischen That.

Darmstadt, 22. Sept. Der als der Ermordung des Kaufmanns A. Gütlich zu Darmstadt verdächtig am Samstag Abend zu Zwingenberg verhaftete Domänenpfandmeister Schick ist heute Morgen von da, unter Geleite zweier Gendarmen, in einem verschlossenen Wagen in das hiesige Arresthaus gebracht worden.

Mainz, 21. Sept. Gegen Warburg ist wegen der von ihm in letzter Zeit aus dem Gefängnisse heraus durch den Druck veröffentlichten Ansprüche eine neue Unternehmung eingeleitet worden.

Frankfurt, 22. Sept. (Fr. B.) Die 14. Generalversammlung der katholischen Vereine zu Baden hatte beschlossen, daß auf der 15. Versammlung zu Frankfurt das Komitee für die Gründung einer katholischen Universität Bericht über den Fortgang dieser Angelegenheit erstatten sollte. Der Präsident des Komitees, Graf Brandis, welchem die Berichterstattung oblag, ist inzwischen verstorben und so trat heute in der zweiten geschlossenen Sitzung Prof. Philipp aus Wien für denselben ein. Aus dem Bericht selbst haben wir hervor, daß hauptsächlich in Baden, bezw. in der Erzdiözese Freiburg am meisten Geld zusammengekommen ist; in einem Detanate der Mainzer Diözese kamen die Geistlichen überein, daß die Pfarren in Raten 50 fl., die Kapläne 25 fl. zur Universität beitragen sollten. Der Erzbischof von Freiburg (dem heute als Senior des deutschen Episkopats ein dreifaches Hoch gebracht wurde) spendete 500 fl. und stellte noch weitere Unterstützung in Aussicht. Ueberhaupt haben 36 Bischöfe in Schreiben an das Komitee sich bereit erklärt, der angeregten Sache ihre thätigste Hilfe zu widmen. Auf einer Komiteeverammlung zu Stuttgart wurde beschlossen, dem Papste die Bitte zu unterbreiten, sich in dem Komitee vertreten zu lassen, und bestimmte derselbe als seinen Stellvertreter den Kardinal-Erzbischof von Köln. Da diese Angelegenheit nunmehr in den Händen des Hrn. Kardinals ruht, glaubte die Kommission keine Vorschläge vorzulegen zu sollen.

Hr. Professor Hettinger aus Würzburg berichtete sodann über die Thätigkeit der Sektion für Wissenschaft und Presse und über folgende zwei Anträge, den des katholischen Vereins zu Warendorf und des Hrn. Geistl. Rath's Thissen. Beide Anträge lauten:

Antrag des katholischen Vereins zu Warendorf: „Die Errichtung von Lokalkomitees in den einzelnen Städten Deutschlands behufs Einwirkung auf die Sammlung von Beiträgen und Anregung der sonst für die Förderung der Universitätsfrage dienlichen Schritte zu empfehlen.“

Antrag des Domkapitulars, Stadtpfarrers Thissen in Frankfurt: „Das mit der Sorge für Gründung einer freien katholischen Universität beauftragte Komitee zu ermächtigen, so lange eine solche noch nicht ins Leben getreten, einen näher zu bestimmenden Theil der aus den gezahlten Stiftungsgeldern fließenden Zinsen jährlich für Honorirung tüchtiger Privatdozenten auf den verschiedenen Gebieten der Wissenschaft, mit Ausschluß der katholischen Theologie, zu verwenden. Motiv: Die Gründung einer katholischen Universität fordert nicht bloß Beschaffung materieller Mittel, sondern weit mehr noch geistige Kräfte, welche mit gläubigem Gemüthe die Wissenschaft anbauen. Nur zu oft fühlen sich tüchtige junge Gelehrte durch Mangel an Mitteln veranlaßt, diejenige Stellung zu verlassen, welche sie in freier Wahl ergriffen und die ihren besonderen Neigungen zuzugt.“

Der Berichterstatter stellte Namens der Sektion den Antrag, in Bezug der vorliegenden beiden Anträge zur Tagesordnung überzugehen, weil es bei dem jetzigen Stand der Sache einzig und allein dem Komitee überlassen werden müsse, in Gemeinschaft mit seiner Eminenz alles Geeignete einzuleiten. Nach Begründung des Thissen'schen Antrags und der durch Hrn. Domkapitular Monfang aus Mainz erfolgten Unterstützung desselben, wurde über den Thissen'schen Antrag, weil einmal der Antragsteller den Sektionsberatungen nicht beiwohnen konnte und andern Theils derselbe allerdings zu berücksichtigende Momente enthalte, beschlossen, diesen Antrag in anderer Formulirung zu nochmaliger Berathung in die Sektion zurückzuverweisen.

Hierauf folgte der von Hrn. Kanonikus Prijae aus Köln erstattete Bericht über die Sektion für das Wissenschaftswesen, hauptsächlich über folgenden Antrag des Hrn. Geistlichen Rath's Thissen, zur Unterstützung der katholischen Deutschen in Frankreich und England nicht bloß durch ständige Beiträge, sondern weit mehr noch durch Veranstaltung periodischer Kollekten in möglichst weitem Umfange thätig zu sein.

Frankfurt, 23. Sept. Die Generalversammlung der katholischen Vereine hat heute auf den Antrag des Domkapitulars Heinrich von Mainz die Gründung eines Unterstützungsvereins für junge katholische Gelehrte und Schriftsteller beschlossen.

Hamburg, 21. Sept. (H. N.) Die Hamburger Mitglieder des Nationalvereins waren vorgestern Abend zu einer Generalversammlung in dem Saale des Schneider-Amtshauses berufen. Auf der Tagesordnung stand „die deutsche Frage und Beleuchtung der Arbeiten des Fürstentages.“ Dr. Riquel aus Göttingen erörterte in eingehender Weise die frankfurter Reformate. Nach einer längern Debatte wurde folgende Resolution von der Versammlung einstimmig genehmigt: „Das deutsche Volk, welches in der Reichsverfassung vom 28. März 1849 mit Grundrechten und Wahlfreiheit sein nationales Recht erlitt, muß und wird unablässig auf die Aufrihtung des in dieser Verfassung verwirklichten deutschen Bundesstaates hinwirken. Die von dem Fürstentage in Frankfurt berathene Reformate, welche die einheitliche Entwicklung im Innern, statt sie zu sichern, gefährdet, die Einheit der Nation in keiner Weise begründet, muß das deutsche Volk mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Der Nationalverein hat daher lediglich an seinem politischen Programm festzuhalten.“

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 24. Sept. 3. Quartal. 94. Abonnementvorstellung. **Rosenmüller und Finke;** Lustspiel in 5 Akten, von Dr. Löffler.

Freitag 25. Sept. 3. Quartal. 95. Abonnementvorstellung. **Jakob und seine Söhne;** Oper in 3 Akten, von Wehul.

Sonntag 27. Sept. 3. Quartal. 96. Abonnementvorstellung. **Die Jüdin;** große Oper in 5 Akten, von Halevy.

